

spruch. – Den sehe ich nicht. Danke. Dann wird so verfahren.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 15  
Ministerium für Gesundheit,  
Emanzipation, Pflege und Alter**

Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4415.

Wir kommen nun zum

**Teilbereich  
Gesundheit, Pflege und Alter**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Preuß von der CDU-Fraktion das Wort.

**Peter Preuß** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich könnte ich es mir einfach machen und meine Rede vom vergangenen Jahr zum Einzelplan 15 zu Protokoll geben,

(Beifall von Ernst-Wilhelm Rahe [SPD])

denn es gibt in der Tat nichts wesentlich Neues zu diesem Einzelplan im Haushalt 2014, was wir hier besprechen könnten.

Das wichtige Thema „Gesundheit und Pflege“ wird wieder einmal nur verwaltet statt gestaltet.

(Ministerin Barbara Steffens: Lächerlich!)

Dabei stehen wir in der Gesundheitspolitik vor großen Herausforderungen auch hier im Land Nordrhein-Westfalen. Es ist unsere Aufgabe, Strukturen zu schaffen, zu überprüfen und weiterzuentwickeln, die eine qualitativ hochwertige, flächendeckende, zeit- und ortsnahe medizinische Versorgung der Patienten und Patientinnen ermöglichen und sicherstellen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf für 2014 weist keine Schwerpunkte auf; er bietet auch keine neuen Ideen. Prävention zum Beispiel bei Diabetes und den damit verbundenen Folgen wie die Behandlung chronischer Wunden oder psychischer Belastungen spielen für die Landesregierung offenbar keine Rolle.

Nach einer Erhebung im April 2013 ist die hausärztliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen in 69 Gemeinden gefährdet. Die CDU-Landtagsfraktion hat zu diesem Thema Vorschläge erarbeitet und vorgelegt. Der Hausärzteamtrag enthält einen umfangreichen Analyseteil und Feststellungen, die nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir reden offen von Politikversagen, wenn es nicht gelingt, das Problem der hausärztlichen Versorgung in den Griff zu bekommen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben klare Vorstellungen und Vorschläge, zum Beispiel wenn es darum geht, innerhalb des Medizinstudiums den Ausbildungsbereich der Allgemeinmedizin stärker zu gewichten, um den Beruf des Allgemeinmediziners attraktiver zu machen. Wir brauchen nicht nur Spezialisten, sondern auch Generalisten, die die Akutversorgung sicherstellen.

(Beifall von der CDU – Ministerin Barbara Steffens: Haben wir doch schon gemacht!)

Wir brauchen mehr Studienplätze im Fachbereich Medizin, um mehr Mediziner ausbilden zu können.

Wir brauchen medizinische Fakultäten nicht nur in den angestammten Ballungsräumen, sondern auch eine in Bielefeld, die eine Ankerfunktion für den stark betroffenen ländlichen Raum Westfalen-Lippe haben kann.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Wir hätten uns gewünscht, Frau Ministerin Steffens, wenigstens einmal Ihre Haltung zu diesen elementar wichtigen Fragen, die wir in unserem Antrag formuliert haben, kennenzulernen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das haben Sie doch gehört!)

Sagen Sie bitte, wie Sie eine medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen wollen, damit jeder Patient seinen Hausarzt wohnortnah aufsuchen kann.

(Ministerin Barbara Steffens: Wenn Sie im Ausschuss gewesen wären, hätten Sie das gehört!)

Die Menschen in diesem Land warten auf Ihre Antwort.

(Marc Herter [SPD]: Wie ist denn Ihre Antwort?)

Sie haben einen Krankenhausbedarfsplan in Kraft gesetzt. Sie sehen den Plan wohl als Einstieg in die qualitätsorientierte Krankenhausplanung, indem Sie Qualitätsstrukturen festlegen, die aber nicht alle Krankenhäuser, vor allen Dingen keine kleinen Krankenhäuser, bieten können, obwohl sie gute medizinische Qualität vorhalten.

Was geschieht jetzt mit diesen Krankenhäusern? Ich will unsere mehrfach geäußerte Kritik an diesem Plan nicht wiederholen, aber doch feststellen, dass Sie als verantwortliche Ministerin nicht den Mut hatten, klare Entscheidungen in der Frage zu treffen, wie die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen zukünftig aussehen soll. Wie wollen Sie

Betten abbauen? Vieles bleibt vage, unverbindlich und lässt Interpretationsspielräume. Damit geht es am Ende ausschließlich um die Wirtschaftlichkeit und nicht um die Frage, ob der Patient im nahegelegenen Krankenhaus eine notwendige Behandlung bekommt. Sie lassen die Krankenhäuser wieder einmal allein.

(Widerspruch von Ministerin Barbara Stefens)

Auch bei der Pflege sind Sie stark unter Druck. Sie haben in einer schön und aufwendig gestalteten PowerPoint-Präsentation den Haushalt Ihres Ministeriums unter dem Titel „Für ein selbstbestimmtes Leben – in einer solidarischen Gesellschaft“ vorgestellt. Doch auch hieran wird deutlich, dass Sie zwar gute Ziele formulieren, der Haushaltsentwurf 2014 aber keine adäquaten Antworten auf die anstehenden Fragen gibt.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün fehlt, wenn man es unter Haushaltsgesichtspunkten betrachtet, schlicht das Gesamtfinanzierungskonzept.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

Quartiersentwicklung ist richtig und gut, weil sie wichtige Ansätze für ein selbstbestimmtes, eigenständiges Leben im angestammten Quartier bietet. Aber sie ist eben nicht zum Nulltarif zu bekommen. Und wenn man keine Prioritäten setzt, dann hat man auch keine Mittel im Haushalt. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie glauben, diese gute Idee der Quartiersentwicklung zulasten der Kommunen durchsetzen zu können.

(Zuruf von Inge Howe [SPD])

Sie gehen im GEPA-Gesetzesentwurf davon aus, dass durch das Gesetz keine Kosten entstehen, weil die Kommunen durch das Konzept entlastet werden; ich brauche das hier, glaube ich, nicht weiter auszuführen. Das ist schlichtweg falsch. Wenn das Land seine Aufgaben ernsthaft wahrnehmen will – und hier hat das Land in der Tat eine Steuerungsfunktion –, müssen Sie auch sagen, wie Quartiersmanagement, notwendige städtebauliche Maßnahmen und dazugehörige Wohnkonzepte finanziert, mindestens aber gefördert werden sollen.

Schließlich noch folgender Aspekt: Die Träger brauchen Planungssicherheit. Die Anhörung zum GEPA-Entwurf stand unter dem Vorbehalt, dass die für die Finanzierungsentscheidung der Träger und damit für die Umsetzung der Konzepte enorm wichtige Verordnung, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen festlegt, vorgelegt wird. Sie liegt aber bis heute nicht vor.

Nun weiß ich natürlich, dass es dafür Gründe gibt. Das kritisiere ich auch gar nicht. Aber das mindert den Druck nicht, sondern führt dazu, dass die Träger ihre Investitionsentscheidungen gerade im Hin-

blick auf die gewünschten Konzepte nicht fällen können. Frau Ministerin, ich habe die herzliche Bitte: Nehmen Sie sich der Sache an und legen Sie die Verordnung zeitnah vor! Es ist dringend!

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend feststellen, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Ich kann nur dazu auffordern, die drängenden gesundheitspolitischen Fragen nun endlich in Angriff zu nehmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Ich will nur der guten Ordnung halber noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen auf fünf Minuten Redezeit verständigt hatten. Ich möchte nicht, dass jemand irritiert ist.

Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Lück.

**Angela Lück (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Preuß, lassen Sie mich kurz auf Ihre Rede eingehen. Sie sagten, die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Ich muss Ihnen entgegenhalten, dass Sie als Oppositionspartei Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Denn in den Haushaltsberatungen des Ausschusses haben Sie sich mit Anträgen zum Haushalt gänzlich zurückgehalten.

Wir haben im Land drängende Probleme zu lösen; die haben Sie auch angesprochen. Die gegenwärtige Situation und die Rahmenbedingungen unserer Gesundheitspolitik haben wir nicht nur im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales angesprochen, sondern auch in allen anderen zuständigen Gremien.

Aber wir haben auch über die Verantwortung der Politik sowie über die Kompetenzverteilung zwischen Land und Bund gesprochen.

Wir befassen uns gegenwärtig mit den besonderen Herausforderungen aufgrund niedriger Geburtenraten, einer höheren Lebenserwartung und des Anteils Hochbetagter. Dafür brauchen wir richtige Strategien, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört beispielsweise eine gute Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung. Im Besonderen gehören die Sicherung des Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen, aber auch die Haus- und Facharztversorgung in einigen ländlichen und manchen städtischen Gebieten dazu.

Meine Damen und Herren, unser Gesundheitswesen zählt zu den besten der Welt. Gerade die eingangs erwähnte steigende Lebenserwartung und der wachsende Anteil von Hochbetagten sprechen nicht nur für deutlich bessere Lebensbedingungen

gegenüber den vorangegangenen Generationen, sondern auch für einen unvergleichlichen medizinisch-technischen Fortschritt. Daran orientieren sich die politischen Schwerpunkte in der laufenden Wahlperiode. Da sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Einige Wegmarken möchte ich beispielhaft nennen.

Herr Preuß, Sie haben zum Beispiel das „Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ – kurz: GEPA – angesprochen. Es ist in der parlamentarischen Beratung.

Wir haben auch die Kapazitäten in der Altenpflegeausbildung enorm gesteigert. Seit der Einführung der Altenpflegeumlage sind neue Vergütungsvereinbarungen zu den verabredeten Umsetzungsregelungen in Kraft. Im Haushalt 2014 bedeutet das eine Anhebung der Finanzmittel für die Altenpflegeausbildung auf rund 3,5 Millionen €.

Sie haben es erwähnt: Wir haben seit Juli dieses Jahres einen Krankenhausplan in Nordrhein-Westfalen. Damit haben wir eine flächendeckende stationäre medizinische Versorgung sichergestellt.

Gerade im ländlichen Raum und in städtischen Problemgebieten ist die medizinische Versorgung aber im ambulanten Bereich gefährdet. Das Land und die Landesregierung unterstützen die Selbstverwaltung der Ärzte bei der medizinischen Versorgung im ambulanten Bereich. Deshalb wird auch das Hausärzteprogramm uneingeschränkt weitergeführt.

Außerdem werden wir die Versorgungslücke im Maßregelvollzug schließen. Für das zweite Ausbauprogramm sind weitere 12 Millionen € in den Haushalt eingestellt worden. Ich möchte betonen, wie vorbildlich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Planungen miteinbezogen werden, um eine möglichst große Akzeptanz für die neuen Standorte herzustellen.

Wir werden in der Gesundheitspolitik auch weiterhin den Menschen in den Vordergrund rücken. Deshalb, Herr Preuß, werden wir den Beauftragten für die Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen auch nicht abschaffen. Wir wollen die Selbstbestimmung, die Gleichberechtigung und die Eigeninitiative der Patientinnen und Patienten unterstützen und eine Anlaufstelle für Rat und Orientierung im Gesundheitswesen gewährleisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Gesundheitswesen ist NRW Vorreiter. Die Landesgesundheitskonferenz hat in der vergangenen Woche unter Leitung unserer Landesgesundheitsministerin einen umfangreichen Katalog zur besseren

gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung beschlossen.

Jetzt steht im Interesse unseres Landes sowie der hier lebenden, arbeitenden und zu versorgenden Menschen die Verabschiedung des Haushalts im Fokus. Ich lade Sie ein, diesem Haushalt Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Lück. – Die FDP-Fraktion wird nun von Frau Kollegin Schneider vertreten.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Ziel einer patientenorientierten Gesundheitspolitik muss der mündige und gut informierte Patient sein. Dieser sollte beispielsweise über Risiken von Behandlungen, aber auch über seine Rechte und Pflichten informiert sein. Umfassende Patientenberatung liegt daher in unser aller Interesse.

Nordrhein-Westfalen hat bereits heute ein sehr gut ausgebautes Angebot an Beratungsstrukturen. Liebe Frau Lück, welchen Sinn hat dann noch der zusätzliche Patientenbeauftragte der Landesregierung?

(Beifall von der FDP)

Hier wird mit 400.000 € teure Symbolpolitik betrieben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie, Frau Ministerin Steffens, hätten besser die Chance im Amtswechsel des Patientenbeauftragten genutzt, diese unnütze Stelle zu streichen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Jahresbericht 2012 des Patientenbeauftragten weist für acht Monate insgesamt 587 Patientenkontakte aus. Das macht auf das Gesamtjahr gerechnet 880 Kontakte. Eine einfache Division ergibt, dass ein Kontakt immerhin mit 454 € zu Buche schlägt.

(Ralf Witzel [FDP]: Irre!)

Nochmals: Ein einziges Telefonat, ein Fax, ein Brief oder eine Mail kostet 454 €.

(Ralf Witzel [FDP]: Wahnsinn!)

Eine mehr als stattliche Summe pro Kontakt, die nicht durch Steuermittel finanziert gehört!

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Garbrecht?

**Susanne Schneider** (FDP): Natürlich, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist sehr freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Garbrecht.

**Günter Garbrecht** (SPD): Danke schön, Frau Kollegin Schneider. Sie messen mit zweierlei Maß, da Sie den Patientenbeauftragten der Bundesregierung ja wahrscheinlich für notwendig halten.

(Ministerin Barbara Steffens: Der hat noch weniger Patientenkontakte!)

Herr Bahr ist ja immer noch amtierender Gesundheitsminister. Aber bei der Landesgesundheitsministerin halten Sie den Patientenbeauftragten für überflüssig. Gibt es da einen Widerspruch, oder nehme ich das falsch wahr?

**Susanne Schneider** (FDP): Sehr geehrter Herr Garbrecht, ganz herzlichen Dank für diese Frage. Fakt ist doch, dass es in NRW, in ganz Deutschland mehrere Hundert Stellen bei Kassenärztlichen Vereinigungen und Verbraucherzentralen sowie darüber hinaus, wie Sie richtig sagen, die Stelle des Patientenbeauftragten der Bundesregierung gibt. Dann noch hier aus reinem Prestigeinteresse einen zusätzlichen Patientenbeauftragten zu implementieren ist Verschwendung, Verschwendung und noch mal Verschwendung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, eine besondere Herausforderung für die nächsten Jahre stellt sicher die Vermeidung des Ärztemangels und die ambulante medizinische Versorgung dar. Die Landesregierung muss hier im Rahmen ihrer Mitgestaltungsmöglichkeiten Impulse geben und sich an tragfähigen Lösungskonzepten, die auf belastbaren Prognosemodellen fußen, beteiligen.

Bei der Gelegenheit möchte ich aber betonen, dass vor allem die schwarz-gelbe Bundesregierung und Gesundheitsminister Bahr mit dem Versorgungsstrukturgesetz wichtige Änderungen wie die Abschaffung der Residenzpflicht für Ärzte auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Inge Howe [SPD])

Die Landesregierung kann einen bedeutsamen Beitrag leisten, um gerade im ländlichen Raum die Voraussetzungen für den Erhalt eines angemessenen Angebots an Arztpraxen zu schaffen.

(Zuruf von der SPD)

Die Notwendigkeit dafür geht aus der Antwort auf unsere Große Anfrage zur Situation des ländlichen Raums hervor.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, eine Mammutaufgabe für die nächste Zeit wird auch die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des stationären Versorgungsangebots, quantitativ wie qualitativ. Die Zukunftsfähigkeit der Strukturen – vor allem in ländlichen Gebieten – wird von der Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten abhängen.

(Zuruf von Inge Howe [SPD])

Der von der Landesregierung vorgelegte Krankenhausrahmenplan 2015 sorgt bei den Leistungserbringern allerdings bereits für starke Irritationen.

Es ist notwendig, auf Qualität zu setzen. Auch die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung ist richtig. Aber die Krankenhäuser benötigen Zeit. Beim Ausbau der Psychiatrie, der Psychosomatik und vor allem der Geriatrie sind die bestehenden personellen Strukturen noch zu prüfen, da dieses Personal speziell ausgebildet sein muss.

Der Chefarzt einer geriatrischen Klinik erklärte mir vor einigen Wochen, er fürchte eine Geriatrie-light-Versorgung in unserem Land. Das heißt: Erst die Weiterbildung – dann kann ein Ausbau geplant werden.

(Ministerin Barbara Steffens: Hallo?)

Funktionierende Verbünde und Kooperationen sollten jedoch nicht zerschlagen werden.

Jede fünfte Klinik in NRW steckt in der Krise. Zu einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung gehört auch eine angemessene Investitionsfinanzierung durch die Länder. Vor allem aufgrund der beständigen Rücknahme von Landeszuschüssen an die Krankenhäuser sind diese mehr und mehr gezwungen, Investitionen unsinnigerweise aus ihren Fallpauschalen zu tätigen. Die Landesregierung muss hier zu ihrer Verantwortung stehen und darf keine unnötigen Mittel in ihren vielen Wohlfühlprojekten wie beispielsweise dem Kompetenzzentrum Frau und Gesundheit verpulvern.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Unqualifiziert! – Ministerin Barbara Steffens: Sie hat keine Ahnung!)

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident, der FDP-Landtagsfraktion ist es überaus wichtig, dass alle Patienten die Behandlung erhalten, die ihnen zusteht, die ihrer Gesundheit dient und die ihre Lebensqualität steigert. Das wird nicht nur durch immer neue Gesetze sichergestellt, sondern auch durch die Umsetzung von bestehenden Regelungen und Vereinbarungen.

Die Koalitionsbeschlüsse von Union und SPD in Berlin lassen mich insofern aber stark zweifeln und viele Fragen offen. Obwohl Bürokratie abgebaut werden soll, wird beispielsweise eine Terminservicestelle eingerichtet, die zentral Facharzttermine für GKV-Patienten vergeben soll – bei oder trotz

gleichzeitiger Betonung der Freiberuflichkeit und der freien Arztwahl.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)**

Bei den weiteren Entwicklungen wird die FDP auch aus Nordrhein-Westfalen sehr genau hinschauen und eine kritische Stimme sein – besonders im Hinblick auf die Beibehaltung des dualen Systems von gesetzlicher und privater Krankenversicherung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Verpflichtungsermächtigungen steigen. Ausgaben und Schulden nehmen ebenfalls weiter zu. Wir lehnen diesen Haushalt daher ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich das Wort Herrn Kollegen Ünal.

**Arif Ünal (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Trotz knapper Haushaltskassen und höheren Sparanforderungen werden wir den Gesundheitsbereich in 2014 weiter finanzieren und weiter unterstützen.

Herr Preuß hat kritisiert, dass dieser Haushaltsplan überhaupt keine Schwerpunkte hat. Ich möchte gerne ein paar nennen. Daran sieht man auch, wie selektiv man die nackten Zahlen wahrnehmen kann.

Sie wissen, Herr Preuß, dass wir im Gesundheitsausschuss ausführlich darüber diskutiert haben, dass insbesondere in der Pflegeausbildung alleine in diesem Jahr – wie Frau Lück erwähnt hat – 3,5 Millionen € zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Somit sind insgesamt 58 Millionen € für die Altenpflegeausbildung ausgegeben worden. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von der SPD)

Wir erinnern uns: Im Jahr 2010 standen 32 Millionen € für die Altenpflegeausbildung für 9.300 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Jetzt haben wir 58 Millionen € für insgesamt 16.300 Ausbildungsplätze. Wenn das keine Unterstützung der Altenpflegeausbildung ist, dann weiß ich es auch nicht. Diese Entwicklungen haben wir bereits mehrmals im Gesundheitsausschuss diskutiert.

Ein anderer Schwerpunkt in diesem Bereich ist die altersgerechte Quartiersentwicklung, die Sie erwähnt haben. Wir wollen einen Perspektivenwechsel: weg von großen stationären Einrichtungen hin zu kleinen überschaubaren Wohn- und Pflegeformen, wo die Menschen auch dann leben wollen,

wenn sie pflegebedürftig und auf Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Für diese Entwicklung werden im Haushalt weitere 8,7 Millionen € bereitgestellt. Wenn sie einfach verleugnen, dass für die altersgerechte Quartiersentwicklung Mittel bereitgestellt werden, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen.

Hierzu gehören natürlich auch noch andere Aspekte, zum Beispiel die Stärkung der ambulanten Versorgung in der eigenen Häuslichkeit, der Ausbau alternativer Wohn- und Pflegeformen im Quartier, die Einbeziehung und Unterstützung der pflegenden Angehörigen und die Verbesserung der kommunalen Pflegeplanung.

Wir könnten Patientinnen und Patienten gesundheitspolitisch noch mehr unterstützen. Das findet sich in einigen Schwerpunkten dieses Haushalts wieder.

Ein Aspekt betrifft die Sicherung der medizinischen Versorgung in ländlichen Bereichen sowie in Problembereichen einiger Städte. Sie wissen, dass wir als Land für die ambulante Versorgung nicht zuständig sind. Trotzdem haben wir 2,5 Millionen € für die hausärztliche und fachärztliche Versorgung in benachteiligten Stadtteilen bereitgestellt. Wie Sie wissen, gibt es darüber hinaus mehrere Programme, mit denen der Ärztemangel in ländlichen Bereichen beseitigt werden soll.

Die Wiedereinrichtung des Kompetenzzentrums Frauen und Gesundheit wurde kritisiert. Ich finde allerdings, dass dies ein sehr wichtiger Schwerpunkt ist. Die Drogen- und Suchthilfe wird ebenfalls weiterhin unterstützt. Alleine für diesen Bereich werden über 12 Millionen € bereitgestellt. Das Gleiche gilt für die Aids-Hilfe und die zielgruppenspezifische Präventionsarbeit.

Das sind einige Schwerpunkte in diesem Haushalt, die ich gerne nennen möchte.

Die Mittel für die Gesundheitshilfe haben wir seit 2010 um ein Drittel erhöht. Im Moment stehen für den Gesundheitsförderungsbereich 42,7 Millionen € zur Verfügung. Diese Mittel sind natürlich für mehrere Maßnahmen vorgesehen: die Gesundheit von Mutter und Kind, Leben ohne Qualen, Prävention von Übergewicht und Adipositas bei Kleinkindern, Förderung der Selbsthilfe, Hospizbewegung usw.

Das sind Schwerpunkte dieses Haushalts, die wir gerne finanzieren wollen und finanzieren werden.

Auch der Maßregelvollzug erfordert eine Weiterentwicklung. Sie wissen, dass wir das zweite Ausbauprogramm unter Beteiligung aller Fraktionen seit anderthalb Jahren begleiten. Zusätzlich haben wir Mittel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Maßregelvollzug bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite kritisieren Sie, dass sehr wenige Mittel bereitgestellt werden, aber auf der anderen Seite stellen Sie einen Antrag, die Gesundheitsförderung pauschal um 20 % zu kürzen. Das ist eine schizophrene Situation, die ich nicht lösen kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das heißt, wenn wir in der Gesundheitsförderung Kürzungen in Höhe von 20 % durchführen, sind alle diese notwendigen Maßnahmen davon betroffen. Diese Kürzungspolitik werden wir nicht mitmachen. In diesem Bereich Kürzungen vorzunehmen, besonders was die Altenpflege und die Gesundheitsförderung betrifft, ist unverantwortlich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Piratenfraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Wegner.

**Olaf Wegner (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Stream und auf der Tribüne! Ich werde hier heute drei Beispiele nennen, die den Einzelplan 15 des Haushalts 2014 direkt oder indirekt betreffen, um aufzuzeigen, dass es in der Gesundheitspolitik an Ehrlichkeit und Offenheit den Menschen gegenüber mangelt.

Das erste Beispiel handelt von der Finanzierung des Maßregelvollzugs, das zweite Beispiel bezieht sich auf die Finanzierung der Krankenhäuser, und das dritte Beispiel zeigt, wie nachlässig mit dem Kinderschutz umgegangen wird.

Kommen wir zu meinem ersten Beispiel: der Finanzierung des Maßregelvollzugs. Die Finanzierung des Maßregelvollzugs ist in den letzten Jahren zur Farce geworden. Von 2005 bis heute wurden die Mittel für den Maßregelvollzug inflationsbereinigt um ca. 30 % gekürzt. Übrigens können weder das Ministerium noch die Berichterstatter eine Berechnungsgrundlage dafür liefern, da sie – ich zitiere – viel zu kompliziert sei. – Natürlich ist sie kompliziert; denn eine effektive Kürzung muss als Erhöhung dargestellt werden. Das stelle ich mir sehr kompliziert vor.

Ich war ehrlich erschrocken über die Angst von Anstaltsleitern, die ich wahrgenommen habe, ihre Angst, dass aufgrund der Mitarbeiterknappheit eine schlechte Sicherheitslage entstanden ist und es – das ist für sie nur eine Frage der Zeit – intern zu einer Katastrophe kommt. Ich möchte betonen: nicht extern! Das ist nie genannt worden. Nicht der Ausbruch ist das Problem, sondern die interne Sicherheitslage ist aufgrund Ihres Haushaltes schlecht. Wegen massiver Kürzungen besteht ein Sicherheitsproblem für die Angestellten – Ihre Angestell-

ten, Frau Ministerin Steffens. Hier kommen Sie Ihrer Fürsorgepflicht eindeutig nicht nach. Solange Sie nicht ehrlich auch unbequeme Themen ansprechen und Zusammenhänge und Wechselwirkungen offen und ehrlich darlegen, so lange kratzen Sie nur an der Oberfläche.

In meinem zweiten Beispiel geht es um die Finanzierung der Krankenhäuser. Es muss eine ehrliche Diskussion über das Verhältnis von Verwaltungskräften zu Ärzten geführt werden. Unehrllichkeit führt an dieser Stelle zu Qualitätsabbau und unnötigen Kosten.

Die Krankenhäuser wurden und werden durch politische Vorgaben genötigt, Ausgaben in der Verwaltung zu minimieren. Das hört sich erst mal gut an; Einsparungen in der Verwaltung kommen immer gut an.

Doch wozu hat das geführt? – Es hat dazu geführt, dass die Ärzte in den Kliniken mindestens 10 % ihrer Arbeitszeit für Verwaltungs- und Abrechnungstätigkeiten aufwenden müssen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das ist doch nicht Land! Das ist doch Bund!)

Diese 10 % ihrer Arbeitszeit gehen effektiv im Bereich der medizinischen Leistungen verloren. Aber diesen Zusammenhang spricht ja keiner aus, weil er unbequem ist und zum Politikmachen nicht geeignet.

Wir Piraten fordern Sie auf: Nennen Sie die Probleme, Zusammenhänge und Wechselwirkungen beim Namen!

Der letzte Punkt liegt mir als Pirat besonders am Herzen. Es handelt sich um die Zentrale Stelle Gesunde Kindheit. Hierfür wurde ein Titel im Haushalt eingestellt und eine Datenverordnung erlassen. Diese Verordnung sieht vor, dass alle Daten von Eltern und Kindern gesammelt und die Eltern, die ihr Kind bisher nicht zur Vorsorgeuntersuchung gemeldet haben, dann auf Basis der Datenlage aufgefordert werden, diese Untersuchung wahrzunehmen.

Hier werden Eltern unter Generalverdacht gestellt. Eine Auswertung dieser Maßnahme sowie die Expertenanhörung im Ausschuss haben gezeigt, dass das ursprüngliche Ziel, Eltern der Kindeswohlgefährdung zu überführen, nicht erreicht wurde.

Unser Antrag, diesen Posten zu streichen und die frei werdenden Mittel sinnvoll für den Kampf gegen Kindeswohlgefährdung einzusetzen, wurde abgelehnt.

Wir fordern effektive und passgenaue Maßnahmen zur Aufdeckung von Kindeswohlgefährdung. Ergänzend benötigen wir Maßnahmen, um das Ärztehopping zu verhindern.

Aber Sie, verehrte Landesregierung, geben weiterhin Geld für etwas aus, das nur zu Unmut bei Ju-

gendämtern, Eltern und Experten führt sowie Unmengen an Daten produziert.

(Zuruf von der SPD: Völliger Quatsch!)

Zusammenfassend sage ich Ihnen: Wir lehnen den Gesundheitshaushalt ab, weil wir der Meinung sind, dass mit ehrlicher Kommunikation und mutigerer Zusammenstellung des Haushaltes ein viel besserer Beitrag für die Gesundheit in Nordrhein-Westfalen geleistet werden könnte. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Steffens das Wort. Bitte schön.

**Barbara Steffens,** Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wegner, ich will mal mit Ihren Punkten anfangen. Ich kann ja verstehen, dass Sie sich als neue Fraktion hier im Landtag mit den Themen an der einen oder anderen Stelle rechtlich immer noch ein bisschen schwertun. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sie können gerne Termine bei mir im Haus haben, damit Sie die Dinge, bei denen es vielleicht an Hintergrundinformationen fehlt, nachholen können. Ansonsten hilft das Ihnen und uns wohl nicht weiter.

Zu dem letzten Punkt, den Sie genannt haben: Die Zentrale Stelle Gesunde Kindheit kann man nicht mal eben im Haushalt streichen. Die hat eine Gesetzesgrundlage.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie also wollen, dass das anders ist, muss man erst einmal die Gesetzesgrundlage ändern. Denn solange die Gesetzesgrundlage besteht, muss man es machen. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen hat das mit der Haushaltsdiskussion an der Stelle nichts zu tun. Die Auswertungen der Anhörung sind da auch sehr unterschiedlich. Ihre Wahrnehmung ist eine andere als die von anderen.

Der zweite Punkt, den Sie genannt haben, sind die Krankenhäuser. Das, was Sie als Beispiel benannt haben, ist nicht die Landesfinanzierung. Wir finanzieren nur den investiven Bereich. Das andere sind die Dinge, die über die Bundesebene finanziert werden. Also auch da: falscher Adressat und falsches Thema.

Dritter Punkt: Maßregelvollzug. Ich habe auch dazu mehrfach berichtet. Wir haben die Zahlen gesteigert. Es steht dafür mehr Geld zur Verfügung. Unter Schwarz-Gelb ist mal gekürzt worden. Die Verhandlungen führen wir ja immer mit den Trägern. Die Träger haben gerade die Haushaltsverhandlungen wieder zu ihrer Zufriedenheit abgeschlossen.

Deswegen: Wenn Ihnen jemand sagt, dafür gebe es zu wenig Geld, weise ich darauf hin, dass es in den Verhandlungen mit uns darüber einen Konsens gibt. Sie schüren hier Ängste und bauen etwas auf, was in der Realität in diesem Land nicht vorhanden ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist gefährlich an der Stelle.

Von daher bitte ich Sie: Nutzen Sie wirklich die Strukturen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen darüber zu reden.

Herr Preuß, Sie haben eben in Ihrer Rede gesagt, wir würden hier verwalten statt gestalten. Sie wissen selber – das finde ich daran so schade –, dass das völlig an der Realität der Politik sowohl Gesundheit als auch Pflege hier im Land vorbeigeht. Ich finde es ein Stück schade, aber auch fahrlässig, weil Sie all das, was wir in Nordrhein-Westfalen gerade im Gesundheitsbereich mit den Akteuren gemeinsam auf den Weg bringen, sozusagen an den Rand stellen und so tun, als ob es nicht da wäre.

Sie waren gerade bei der Landesgesundheitskonferenz. Sie haben mitbekommen, wie alle Akteure positiv diskutiert und auch gelobt haben, was wir machen. Es gab in der Aussprache um die Politik der Landesregierung nicht einen einzigen Punkt, bei dem es eine heftige Kritik an uns gab. Es gab eine Nachfrage von der Krankenhausgesellschaft. Sie tun aber so, als ob wir hier in Nordrhein-Westfalen die Sachen nicht voranbringen.

Sie waren auch noch auf der MEDICA. Sie haben auf der größten Messe zur Gesundheits- und Medizinwirtschaft gesehen, wie Nordrhein-Westfalen in allen Punkten die Nase vorne hat und von anderen Ländern positiv gesehen wird.

Von daher: Es ist ein bisschen schade. Ich habe schon eben gesagt, ich reiche Ihnen gerne die Brille rüber. Vielleicht brauchen Sie eine andere Optik, um wirklich mal auf die Realität zu gucken. Ich helfe Ihnen da gerne, weil ich glaube, dass das fair wäre.

Landesgesundheitskonferenz, Arzneimitteltherapiesicherheit, Inklusion – das sind alles Themen, bei denen wir von den anderen Bundesländern positiv betrachtet werden. Ich war gerade gestern auf der ASMK, also auf der Ministerkonferenz. Es gibt viele, die Sachen von uns übernehmen. Unsere Ausbildungsplatzumlage aus Nordrhein-Westfalen werden jetzt die Bayern übernehmen. Da kann nun wirklich keiner sagen, dass da irgendwie Rot-Grün von Rot-Grün abschreibt und dasselbe macht, sondern in Bayern macht es die CSU.

Auch beim Punkt Pflege, Alter, Quartier haben Sie die Zahlen nicht gesehen. Wir investieren in dem Bereich. Wir haben auch in der Pflege die Nase vorn. Im Bund gibt es die Vereinbarung: 10 % mehr Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren. – Wir haben die alleine in 2012 um 20 % gesteigert. Wir haben bei den Quartieren die Nase vorn.

Schauen Sie doch einfach hin und reden Sie Nordrhein-Westfalen nicht klein, sondern nehmen Sie doch auch die Gewichtung vor, die wir hier haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei vielen anderen Punkten vermischen Sie wieder Bund und Land miteinander. Sie wissen, für die ambulante Versorgung haben nicht wir den Sicherstellungsauftrag, sondern die Ärzteschaft. Das heißt, all die Sachen, die Sie eingefordert haben bezüglich der Hausärzte, hätten von Schwarz-Gelb auf Bundesebene gemacht werden können.

Wir haben sogar versucht, im Studium in Nordrhein-Westfalen die Allgemeinmedizin mit dem Pflichtquartal oder Pflichttertial nach vorne zu bringen. Aber viele Ihrer CDU-Kollegen in den Ländern haben dagegen gestimmt und haben das nicht mit umgesetzt.

Statt das das toll zu finden, dass an der Stelle die Landesregierung das macht, was wir wollen, versuchen Sie, zu kritisieren, wo doch die Kritik wirklich ungerechtfertigt ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Ministerin, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Herr Kollege Kern hat sich zu Wort gemeldet. Würden Sie dessen Wunsch nach einer Zwischenfrage nachkommen?

**Barbara Steffens,** Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Aber natürlich.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Bitte, Herr Kollege.

**Walter Kern (CDU):** Danke schön. – Frau Ministerin, Sie hatten eben die Ausbildungsumlage angesprochen. Ich glaube, für deren Ausweitung haben Sie auch den Respekt des gesamten Plenums. Nichtsdestotrotz gibt es Irritationen. Wir werden immer wieder darauf angesprochen, gerade in den letzten Tagen, dass eine dreiprozentige Kürzung der Pflegeausbildung gegeben ist. Können Sie uns den Vorgang kurz erklären; können Sie sagen, woran das liegt?

**Barbara Steffens,** Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Danke, Herr Kern, für die Frage. Ich erkläre Ihnen das gerne. Wir haben das System, dass erst einmal alle Träger entsprechend dem Schlüssel die Umlage einzahlen und dass diejenigen, die ausbilden, dann daraus Mittel bekommen. Es ist jetzt wie überall im realen Leben und auch in Ihren Wahlkreisen so, dass es den einen oder anderen Träger gibt, der in diesen Topf nicht einzahlt, sondern das Geld erst einmal

zurückbehält. Deswegen ist dann nicht genug Geld im Topf. Wir können es nicht mal eben vorstrecken. Deswegen haben wir kürzen müssen, bis das Geld eingetrieben wurde. Wenn es eingetrieben worden ist, können wir natürlich auch die restlichen Mittel auszahlen.

Wir können aber gerne im Ausschuss noch einmal darüber reden, wo hier noch ein Bedarf besteht. Sie können uns da gerne unterstützen und auch quer durch das Land dafür werben, dass die Pflegeeinrichtungen der Pflicht des Einzahlens der Umlage nachkommen und fristgerecht einzahlen. Ansonsten sind dann natürlich andere die Leidtragenden. Dabei handelt es sich gerade um diejenigen, die umfassend ausbilden. Das kann an der Stelle nicht sein. Ich würde mich freuen, wenn wir das gemeinsam bei in Frage kommenden Einrichtungen noch einmal anmahnen würden.

Zuletzt will ich aber noch in Kürze auf ein, zwei Punkte eingehen, die Frau Schneider angesprochen hat. Es wäre schön, wenn Sie da einmal hinschauen und vielleicht auch zu den entsprechenden Gremiensitzungen – wie zur Landesgesundheitskonferenz – kommen würden, wo sie von vielen aus der Szene Informationen bekämen. Es ist klar: Viele der Punkte, die Sie angesprochen haben, entbehren jeglicher Realität.

Die Einrichtung des Patientenbeauftragten war keine Symbolpolitik. Er war auch in der Landesgesundheitskonferenz tätig. Er vernetzt und verbindet. Dort wird er von den Akteuren auch gebraucht.

Auch im Hinblick auf den Sicherstellungsauftrag haben Sie Kritik geübt. Sie hätten dem Herrn Bahr – solange Sie ihn als Minister im Bund haben – einmal sagen können, dass er uns im Gremium nach § 90a SGB V die rechtlichen Möglichkeiten geben soll.

Viele dieser Punkte haben Sie auf Bundesebene nicht wahrgenommen; jetzt aber machen Sie uns Vorwürfe.

Ich komme zum letzten Punkt. Es ist schön, dass Sie einmal mit einem Geriater gesprochen haben. Vielleicht hat er Ihnen an der einen oder anderen Stelle auch inhaltlich weiterhelfen können. Unser Geriatriekonzept haben wir gemeinsam mit den Geriatern entwickelt. Das hat genau dazu geführt, dass es keine flächendeckende Geriatrie mit den fehlenden Kompetenzen gibt. Vielmehr wollen wir qualifizierte Geriatrien haben, die auch mit anderen kooperieren müssen. Das Gegenteil von dem, was Ihnen Ihr Geriater gesagt hat, ist mit dem Krankenhausplan Realität geworden. Auch darüber können wir im Ausschuss noch einmal diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)



**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Teilbereich „Gesundheit, Pflege und Alter“ liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung zu diesem Teilbereich und rufe auf:

### **Teilbereich Emanzipation**

Als erste Rednerin steht bereits Frau Kollegin Milz für die CDU-Fraktion bereit.

**Andrea Milz (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Beratungen des zusätzlichen Fachausschusses wurde bereits deutlich, dass wir im Bereich der Emanzipation keinerlei innovativen Ideen und auch keine Strukturveränderungen erwarten können. Getreu nach dem Motto „Still ruht der See“ ist erneut eine Überrollung des Haushaltskapitels „Emanzipation“ vorgesehen.

Die SPD hat sich sehr darum bemüht, zu verdeutlichen, dass diese erneute Überrollung gut ist; denn da fallen Worte wie „richtige Richtung“ und „richtige Signale“. Ich dagegen bin der Auffassung, dass diese Ansätze mutlos sind.

Die rot-grüne Landesregierung hält an festgefahrenen und teilweise veralteten Strukturen fest. So hat man die schon vor Jahren abgeschafften Regionalstellen „Frau und Beruf“ wiederauferstehen lassen. Aus meiner Sicht waren wir hier damals deutlich weiter; aber das haben wir Ihnen auch schon 2011, 2012 und 2013 erzählt. Wenn ich meinen Redebeitrag jetzt weiter vertiefen würde, könnte ich deshalb nur Wiederholungen bringen. Das lasse ich lieber. Ich habe mich deshalb hier dazu entschlossen, es relativ kurz zu machen.

Wir glauben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihre Politik rückwärtsgewandt ist. Sie haben bis heute im zuständigen Fachausschuss nicht darlegen können, welche konkreten Veränderungen oder auch Verbesserungen die Wiedereinführung der vierten Frauenhausstelle zum Beispiel für die Situation der Beratungen gebracht hat. Gab es eine höhere Belegungsquote in den Häusern? Oder gab es mehr Plätze für die Opfer? Wie steht es um die Entwicklung der durchschnittlichen Auslastung der Frauenhäuser?

Aus dem Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder aus dem Jahr 2012 geht hervor, dass die Vergleichbarkeit und Transparenz unterschiedlicher Angebote in den verschiedenen Bundesländern grundsätzlich nicht einfach ist. So ist beispielsweise allein schon der Anteil der Frauenhäuser, die überhaupt an der Befragung der Bundesregierung teilgenommen haben, sehr unter-

schiedlich. Aus NRW antwortete gerade einmal die Hälfte der Frauenhäuser. Das ist sehr bedauerlich und sicherlich nicht im Sinne eines gelingenden Wirksamkeitsdialogs. Ich hätte mir an dieser Stelle eine stärkere Beteiligung gewünscht, auch um hier und heute besser und transparenter über einzelne Förderpositionen im Haushalt beraten zu können.

Ich möchte abschließend noch einmal bekräftigen, was auch die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ausschüssen schon gesagt haben: Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich seit drei Jahren beharrlich strukturellen Reformen. Solide Finanzpolitik findet nicht statt. Deswegen lehnen wir auch diesen Etat ab. – Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Kieninger das Wort.

**Gerda Kieninger (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in dieser Woche hatten wir ein Gespräch mit Frauen und Männern aus den 16 Kompetenzzentren in unserem Lande.

(Zuruf von der CDU)

Ich kann Ihnen sagen, es war ein sehr erfreuliches Gespräch. Wir haben festgestellt, was alles in den unterschiedlichsten Regionen unseres Landes läuft. Es ist ganz wichtig, dass wir diese 16 Kompetenzzentren in den Arbeitsmarktregionen haben, weil alle Arbeitsmarktregionen sehr unterschiedlich sind. Sie sind auch ganz unterschiedlich mit Arbeitsplätzen ausgestattet.

Es gibt ganz viel, was an der Stelle gerade für Frauen getan werden kann, um im Berufsleben wieder richtig Fuß fassen zu können, aber auch, um familienfreundliche Arbeitszeiten in den Unternehmen zu bekommen. All das kam noch einmal zum Ausdruck.

Von daher ist die Beratung in den Kompetenzzentren und die Vernetzung mit den Kammern und den Arbeitsmarktagenturen sowie den Wirtschaftsunternehmen eine ganz wichtige Voraussetzung, die diese Kompetenzzentren erfüllen.

Eine Kürzung, wie Sie sie von der CDU in einem Haushaltsantrag fordern, ist Schnee von gestern. Das hatten wir bereits im letzten Jahr. Wie in anderen Bereichen auch üblich, so haben Sie Ihren Antrag nicht im Fachausschuss gestellt, sondern im Haushalts- und Finanzausschuss. Es war Ihnen wohl nicht wichtig, dazu eine Fachdiskussion im Ausschuss zu führen.

Für uns sind diese Kompetenzzentren aber wichtig. Früher waren es Regionalstellen, die heute eine

ganz andere Arbeit machen. Auch an der Stelle hat sich viel verändert.

Sie wollten weder die Regionalstellen noch wollen Sie die Kompetenzzentren. Deswegen haben Sie die ja auch in Ihrer kurzen Regierungszeit abgeschafft.

Wir werden das nicht tun. Deshalb können wir Ihrem Haushaltsantrag an der Stelle nicht zustimmen. Das ist ganz klar. Wir wollen diese Bereiche!

Darüber hinaus fördern wir natürlich auch noch anderes in der Gleichstellung im Berufsalltag. So haben wir die Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“, das Mentoringprogramm „Kompetenz im Management“ sowie Crossmentoring. Das verbessert die Lage, die Frauenerwerbsquote und den Frauenanteil in Führungspositionen quantitativ und qualitativ-strukturell. Ebenso wird mit einem gendersensiblen Übergangssystem „Schule und Beruf“ die berufliche Orientierung von Mädchen und jungen Frauen unterstützt.

Im Aktionsplan gegen Gewalt ermöglichen wir mit 62 Frauenhäusern, misshandelten Frauen schnell und unbürokratisch Schutz zu gewähren. Dazu war es wichtig, die zweite Fachstelle, die vierte Stelle im Frauenhaus wieder einzurichten. Das haben wir getan, nachdem sie von Ihnen – CDU und FDP – abgeschafft worden war. Das war zwingend notwendig. Auch die Frauenberatungsstellen und die Notrufe werden weiterhin über den Haushalt abgesichert.

In diesem Zusammenhang ist auch anzuführen, dass im Aktionsplan „Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen“ bis jetzt ein wichtiger Baustein fehlte, und zwar die anonyme Spurensicherung im Fall von sexueller Gewalt. Eine Vergewaltigung stellt immer einen massiven Angriff auf die körperliche und seelische Integrität eines Menschen dar. Oftmals sind die Opfer – egal ob weiblich oder männlich – darüber hinaus sogar noch schwer traumatisiert, gerade weil Täter oft im sozialen Nahraum der Opfer leben. Beispielsweise kommen sie aus der eigenen Familie oder dem unmittelbaren Bekanntenkreis.

Deswegen haben wir einen Haushaltsansatz von 400.000 € in den Haushalt eingestellt, um an dieser Stelle im Land weiterzukommen. Ich freue mich, dass wir dazu im Fachausschuss eine Einstimmigkeit herstellen können, weil die Piratenfraktion und die FDP dem Antrag zugestimmt haben und sich die CDU enthalten hat. Ich habe aber nicht die Hoffnung, dass wir es heute erleben werden, dass dem Einzelplan an dieser Stelle zugestimmt wird. Nein, das glaube ich nun wirklich nicht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“, den wir fortsetzen. Ich freue mich, dass aus anderen Einzelplänen – insbesondere aus dem Schulbereich für die Initiative „Schule ohne Homo-

phobie – Schule der Vielfalt“ – Mittel in diesen Fachbereich fließen. Wenn wir – was ganz wichtig ist – frühzeitig damit beginnen wollen, gegen Homophobie anzuarbeiten, ist das ein ganz wichtiges Mittel.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist, eine kultursensible Pflege zu schaffen, die letztendlich auch die Bedürfnisse von Schwulen und Lesben in der Pflege im Alter berücksichtigt. Auch dazu haben wir Pilotprojekte im Lande. Das halte ich für den richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, Sie erkennen: Wir haben mit diesem Haushalt gute Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen gemacht. Das werden wir im Jahr 2014 fortsetzen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Ich danke Ihnen, Frau Kollegin, und gebe den Stab weiter an Frau Kollegin Schneider von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vorliegenden Einzelplan zeigt sich mehr als deutlich, dass die Einspareffekte aus der Zeit der gelb-schwarzen Landesregierung nun auf Kosten der Steuerzahler im Land zu verpuffen drohen.

(Widerspruch von Ministerin Barbara Steffens)

– Frau Ministerin Steffens, es ist auch nicht damit getan, bei der Haushaltseinbringung im Fachausschuss zu sagen, Sie würden 2020 die Schuldenbremse einhalten. Ich hätte viel lieber gewusst, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen.

Die schon angesprochenen Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ sind ein kostspieliges Prestigeobjekt, das zum Wiederaufbau von Doppelstrukturen führte. Außerdem greifen Sie damit in den Markt effektiv arbeitender privater Unternehmensberatungen ein.

(Ministerin Barbara Steffens: Quatsch!)

Dieses Geld wäre im Bereich der Gewaltprävention oder bei den Frauenhäusern sicherlich besser angelegt.

Natürlich unterstützt die FDP-Fraktion eine innovative Frauenförderung. Diese wird aber weder mit Ihren überflüssigen Kompetenzzentren noch mit einer 30%-Quote in den Aufsichtsräten erreicht. Von diesen 30 %, wie sie jetzt auch als Vorschlag aus Berlin kommen, profitieren immerhin 170 Frauen bundesweit. Das ist eine wirklich beeindruckende Zahl.

(Ministerin Barbara Steffens: Wo sind denn Ihre Vorschläge? Da kommen keine!)

Wo bleiben Zehntausende Frauen, die immer noch keine vernünftigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten finden, weil es immer noch zu wenige Plätze gibt oder die Öffnungszeiten der Kitas nicht mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren sind? Um diese Frauen sollten Sie sich kümmern, nicht aber um die Besetzung von Aufsichtsräten.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Ministerin Barbara Steffens: Tun wir doch!)

Wenn sich eine Frau bewusst gegen Karriere, aber für ihre Familie entscheidet, haben wir dies zu respektieren. Das ist die Freiheit des eigenen Lebensentwurfs. Eben dieser sollte auch den größten Respekt unserer Gesellschaft erhalten.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Kostenübernahme bei der anonymen Spurensicherung war bisher nicht geregelt. Der FDP-Fraktion ist es auch wichtig, hierfür Gelder vorzuhalten, damit Vergewaltigungsoffer Zeit haben zu überlegen, ob sie Anzeige erstatten oder nicht. Vielfach handelt es sich doch um Täter aus dem engsten Umfeld, sodass die Opfer sehr genau abwägen müssen, wie sie sich verhalten wollen. Viele Opfer sind nach einer Vergewaltigung zunächst traumatisiert.

Wir Liberale wollen diesen Menschen durch das Angebot der anonymen Spurensicherung Zeit für individuelles Handeln geben. Daher hält die FDP-Fraktion eine finanzielle Unterstützung der anonymen Spurensicherung für unbedingt erforderlich.

Unser Anliegen zeigen wir zum einen durch zwei Kleine Anfragen. Zum anderen sprach der Kollege Witzel die Thematik im Haushalts- und Finanzausschuss an. Und siehe da: Wenige Tage später beantragte Rot-Grün zusätzliche Gelder dafür im Frauenhaushalt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Doch nicht deshalb!)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir Liberale stehen der Bereitstellung von 400.000 € für die anonyme Spurensicherung im Emanzipationshaushalt positiv gegenüber. Das habe ich auch im Fachausschuss am 13. November 2013 erklärt. Da hatten Sie jedoch keinen Vorschlag für eine Gegenfinanzierung Ihres Haushaltsänderungsantrags.

Mit großer Verwunderung habe ich dann am Tag nach der abschließenden Haushaltsberatung im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation, also am 14. November 2013, im „Westfälischen Anzeiger“ gelesen, dass dieser Etatposten dem Justizministerium zugeordnet wird, weil die Untersuchungen in den rechtsmedizinischen Instituten des Landes aufbewahrt werden sollen.

(Ministerin Barbara Steffens: Quatsch!)

Der Haushaltsänderungsantrag sieht aber klar eine Verankerung im Einzelplan des MGEPA vor – und nicht im Einzelplan des Justizministeriums. Ich stelle

mir wirklich die Frage, ob in den regierungstragenden Fraktionen die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Ministerin Barbara Steffens: Sind wir denn die Zeitung?)

Chaospolitik pur! Vermutlich waren Sie nur von der Panik getrieben, bei der anonymen Spurensicherung eine offene Flanke schnellstmöglich zu schließen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Frau Schneider ist auf der falschen Veranstaltung!)

Wir Liberale halten eine Verankerung im Einzelplan 15 und damit im MGEPA für angebracht; denn anonyme Spurensicherung bedeutet nicht nur die Lagerung der Beweismittel, sondern beginnt bei der Sicherung der Spuren und geht über die korrekte Verpackung und den Transport zur Gerichtsmedizin bis hin zur Lagerung bei selbiger.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Wer allerdings das Material transportieren soll, damit später die Beweise nicht angezweifelt werden können, ist bis heute nicht geklärt. Zur Erinnerung: Die Polizei darf dies nicht tun.

Dazu vermisste ich konkrete Vorschläge von Ihnen. Schnellschüsse sind hier nicht angebracht. Dazu ist dieses Thema zu ernst und zu wichtig.

(Beifall von Christof Rasche [FDP] und Ralf Witzel [FDP])

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der hier vorliegende Haushaltsentwurf lässt weder den Willen zum Sparen noch integrierte und nachhaltige Konzepte erkennen. Deshalb kann die FDP-Landtagsfraktion ihm nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Ich danke Ihnen, Frau Kollegin. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Paul für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mich nachgerade fassungslos. Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll – bei den Redebeiträgen, die FDP und CDU hier gebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zunächst möchte ich noch einmal ganz deutlich machen – ich möchte, dass die Leute da gut zuhören –, was Sie, Frau Milz, hier gerade gesagt haben. Sie haben wieder die vierte Stelle im Frauenhaus angezweifelt. Ich weiß nicht, ob Sie hin und wieder einen Blick auf die Ampel der LAG Autonomer Frauenhäuser NRW werfen. Dort findet sich

nämlich leider immer noch sehr viel Rot und viel zu wenig Grün wieder. Wenn wir also die vierte Stelle im Frauenhaus streichen, wie Sie das damals gemacht haben,

(Ministerin Barbara Steffens: Haben wir noch mehr Rot!)

tun wir das auf dem Rücken der Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Das müssen Sie dann den Frauen im Land erklären.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das finde ich besonders schade; denn in dieser Woche sollte uns doch besonders bewusst sein, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen bittere Realität ist. Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation hat sich daher gemeinsam auf die Beteiligung an der Fahnenaktion von Terre des Femmes zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen verständigt. Wir waren auch gemeinsam da. Leider war keine Vertreterin der CDU-Fraktion anwesend. Sie haben dem aber auch zugestimmt.

(Ministerin Barbara Steffens: Hört, hört!)

Das Signal der Geschlossenheit, das von dieser Entscheidung ausgegangen ist, würde ich mir auch einmal im konkreten politischen Handeln wünschen. Wir haben jetzt aber eindeutig gesehen, dass unsere Vorstellungen von Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen da weit auseinanderliegen.

Frau Schneider, in anderen Bereichen liegen unsere Vorstellungen auch weit auseinander. Wir haben diesen Haushaltsantrag eingebracht, weil wir in diesem Haus auch gemeinsam mehrfach darauf hingewiesen haben, dass die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung eine wichtige niedrigschwellige Maßnahme ist, um der schwierigen Situation von Frauen, die Opfer von Vergewaltigungen werden, Rechnung zu tragen.

Liebe Frau Schneider, warme Worte helfen den betroffenen Frauen aber nicht – also auch Kleine Anfragen nicht. Im Übrigen ist unser Haushaltsantrag bestimmt kein Ausfluss der Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielmehr ist er mit Sicherheit darauf zurückzuführen, dass wir uns intensiv damit auseinandergesetzt haben.

Wir wollen mit diesem Haushaltsantrag einen Beitrag zu schneller und niedrigschwelliger Hilfe für die Frauen leisten, die sich nach einer Vergewaltigung in einer schwer traumatisierten Situation befinden. Die anonyme Spurensicherung ist ein wichtiger Beitrag zum Opferschutz und kann helfen, Täter auch später noch verurteilen und zur Rechenschaft ziehen zu können.

Frau Schneider, den Popanz, den Sie hier gerade aufgebaut haben, haben Sie doch aus einem Zeitungsartikel entnommen, den ich auch gelesen habe. Auch habe ich mit Verwunderung gelesen, dass dieser Haushaltsantrag im Bereich des Justizministers verortet werden sollte. Mit noch größerer Verwunderung habe ich gelesen, dass die rechtsmedizinischen Institute neuerdings auch im Justizministerium verortet sind. Sie sind nämlich dem Wissenschaftsministerium zugeordnet.

Wir sind da ganz klar. Unser Haushaltsantrag geht an das MGEPA. Dort sollen die Konzeptionierungen jetzt Schritt für Schritt entwickelt werden, damit wir Frauen hier helfen können.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt ansprechen. Es hat schon etwas von „Jährlich grüßt das Murmeltier“, wenn die CDU einmal mehr die Streichung der Mittel für die Kompetenzzentren Frau und Beruf beantragt. Die Antragsbegründung zeugt auch noch einmal mehr davon, dass Sie nicht auf dem harten Boden der gleichstellungspolitischen Realitäten stehen. Sie schreiben nämlich – ich zitiere aus Ihrer Antragsbegründung –:

„Die 2011 vorgenommenen Neuauflagen der alten Regionalstellen Frau und Beruf sind das Abbild einer rückwärtsgewandten Politik.“

Das lassen wir uns jetzt doch einmal auf der Zunge zergehen. Schließlich sind Sie die Mütter und Väter des Betreuungsgeldes, zu Recht auch Herdprämie genannt, also einer Maßnahme, die Frauen vom Erwerbsleben fernhält.

(Beifall von den GRÜNEN)

An dieser Stelle von rückwärtsgewandter Politik zu sprechen, folgt einer Logik, die mit Sicherheit nur Sie verstehen können, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Ich nenne das die Logik der 50er-Jahre. Diese Logik lässt sich – da gebe ich Ihnen recht – in der Tat nur dann verstehen, wenn man sich selbst rückwärts wendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gleichstellung von Frauen und Männer braucht mehr als warme Worte und mehr als Flexi-Quoten, wie Sie sie in Ihrem schwarz-gelben Koalitionsvertrag vereinbart hatten. Wir werden sehen, was mit der neuen Großen Koalition da vielleicht zu machen ist. Ich denke, dass es da auch mehr gibt, was man als innovativ bezeichnen kann.

**(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)**

Wir wollen auf Landesebene mit der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes die landespolitischen Spielräume nutzen, um Frauen auch in Führungspositionen und Gremien endlich sichtbar zu machen. Natürlich kann ich mich als Frau auch da-

für entscheiden, diese Karriere nicht machen zu wollen. Darum geht es aber gar nicht. Es geht darum, dass Frauen nicht an gläserne Decken stoßen. Es geht darum, dass sie sich auch wirklich dafür entscheiden können. Wahlfreiheit bedeutet doch nicht, dass sich im Grunde genommen keiner darum kümmert, sondern Wahlfreiheit bedeutet, dass Frauen diese Möglichkeiten auch haben. Das werden wir mit der Novellierung des LGG für die landespolitischen Bereiche zu verbessern versuchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Partizipation bedeutet für uns nicht, dass sich die Old Boys Networks quasi selbst reproduzieren, sondern dass Frauen gleichberechtigt auf allen Ebenen – Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft – vertreten sind.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Dazu gehört für uns auch eine Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten. Vielleicht sollten Sie das bei sich in den Fraktionen auch mal einführen. Denn nur starke Gleichstellungsbeauftragte können den Finger in die Wunde legen. Das scheint mir bei den Oppositionsfraktionen sehr notwendig zu sein.

Nun bin ich leider nicht mehr dazu gekommen, noch etwas zu dem wichtigen Thema „Runder Tisch Prostitution“ zu sagen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat damit ein wegweisendes Modell. Das würde ich mir auch für die Kommunen wünschen: weniger Emotionalisierung, mehr differenzierte inhaltliche Auseinandersetzung mit allen Beteiligten.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Leider bin ich auch zu dem wichtigen Thema „LSBTTI“ nicht in der Deutlichkeit gekommen, wie ich es gerne getan hätte. An dieser Stelle musste einfach noch einiges zur Irrlichkeit der Oppositionsfraktionen im Bereich der Gleichstellungspolitik gesagt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Piraten spricht Herr Olejak.

**Marc Olejak (PIRATEN):** Sehr geehrte Frau Paul, damit fange ich mal direkt an. Werte Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Eichhörnchen und heterosexuelle Mitmenschen hier, zu Hause und unterwegs! Sehr geehrte Frau Präsidentin! In unserem Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation scheint es der Regierung oftmals an Ideen zu mangeln; da muss ich den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP in Teilen recht geben. Denn ein Großteil der Arbeit im Ausschuss besteht aus vielen Informationen und Vorträgen, Anträge hingegen gibt es in dem Ausschuss relativ selten.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie können doch welche stellen!)

Oft werden sie leider federführend in einem anderen Ausschuss behandelt, unser Ausschuss ist in der Regel nur mitberatend tätig. Wenn wir als Piraten Anträge stellen, wissen wir, was damit passiert: Sie saufen in der Regel ab. – Aber das ist ein anderes Thema.

Die momentanen Gegebenheiten können demzufolge positiv, aber auch negativ interpretiert werden, kommt ganz darauf an. Sind die Themen des Ausschusses eventuell sogar so wichtig, dass andere Ausschüsse sie sich viel eher – wie soll ich es sagen? – unter den Nagel reißen? Denn wenn wir auf den Ausschusspiegel gucken, dann sehen wir, dass wir in der letzten Legislaturperiode sage und schreibe einen einzigen Beratungsgegenstand hatten, und da war Rot-Grün im Prinzip in der Pflicht. Drei Anträge hatten wir nur zur Mitberatung.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

– Das hängt da ganz stark dran, denn die Gelder sind das, worum es in den Anträgen geht.

Unser Haushaltskapitel Emanzipation verdeutlicht, dass es wenige Haushaltstitel gibt, die wir überhaupt zur Diskussion stellen können. Kürzen möchten die Piraten ganz bestimmt nicht, im Gegensatz zur CDU, die oftmals eher dazu neigt.

Frau Ministerin Barbara Steffens hat den Haushaltsentwurf in unserem Ausschuss vorgestellt. Das war auch sehr gut. Aber ich hatte eher den Eindruck, es war mehr eine Plauderei. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Es nicht verkehrt, was Sie da vorhaben.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Was haben Sie denn vor?)

Mit der Vorlage zum Haushalt haben Sie leider erstaunlich wenig konkrete Zahlen zu den selten zugehörigen Haushaltstiteln geliefert.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Nehmen wir zum Beispiel die Geschlechtersensibilität beim Übergang von der Schule in den Beruf: Dabei steht definitiv keine Zahl. Nehmen wir die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes: ohne EP-Hinweis und ohne Betrag. Auch beim als sehr wichtig angesprochenen Runden Tisch Prostitution gibt es leider keinen Hinweis auf den Einzelplan oder den Betrag. Mehr Gleichstellung hat das Ministerium seit dem letzten Haushalt dadurch gefühlt nicht erreicht. Unser Ausschuss hat meines Erachtens definitiv zu wenig zu tun.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Im Haushalt ist alles auf so viele Bereiche verteilt. Die Gleichstellungsbemühungen der Hochschulen

stehen im Einzelplan 06. Die pädagogischen Ansätze zum Gender-Mainstreaming finden sich im Kinder- und Jugendförderplan, Einzelplan 07.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das muss überall gemacht werden!)

Selbst das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz mischt da schon mit. Der Einzelplan 10 spendiert in der Aus- und Fortbildung unglaubliche 28.600 € für frauenspezifische Themen. Es gibt noch eine Menge weitere Beispiele.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Olejak, darf ich Sie kurz unterbrechen? Frau Kollegin Paul würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Marc Olejak** (PIRATEN): Nein, heute ausnahmsweise mal nicht. Vielen Dank.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Dazu kommen wir gleich.

(Josefine Paul [GRÜNE]: So viel zur Partizipation!)

Das Volumen des Teilbereichs Emanzipation im Einzelplan 15 bewegt sich in einem solch engen Rahmen, daran ist nicht viel zu rütteln. Die Haushaltsdebatte zum Emanzipationsbereich ist eine Scheindebatte, weil die Haushaltstitel so verstreut sind. Da kann ich der CDU fast verzeihen, dass ihr nichts Besseres einfällt, als dass sie die Beratungsstellen zur Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben streichen möchte. Die Idee ist trotzdem großer Mist.

Jeder weiß ein bisschen was über Gleichstellung. Es ist toll, sich für die Gerechtigkeit einzusetzen. Daher sind einige Themen auch in anderen Ministerien und Bereichen aufgegriffen worden. Unser Ausschuss ist aber, wie gesagt, nicht arbeitslos. Die Veränderungen, die in der Gesellschaft zur Gleichstellung vor sich gegangen sind, reichen noch nicht aus. All das ist noch nicht Realität.

Unser Ausschuss trägt eine besondere Zielgruppe im Namen, dabei gibt es viele Felder, in denen die Gleichstellung obendrein erreicht werden muss. Denn immer noch – jetzt kommen wir genau dazu – haben neben den LSBTTI-Leuten auch Menschen, die sich gesundheitlich eingeschränkt fühlen, nach wie vor mit Ungleichbehandlungen zu kämpfen. Daher ist unsere Arbeit im Ausschuss mit Sicherheit nicht geregelt. Die Gelder, die Sie dafür zur Verfügung stellen, sind definitiv nicht ausreichend. Deshalb müssen wir uns bei dem Teilbereich enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Olejak. Bleiben Sie bitte gleich am Redepult stehen, denn Frau Kollegin Paul hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön.

**Josefine Paul** (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben meine Zwischenfrage leider nicht zugelassen, also muss ich es auf diese Weise machen. Ich bin schon einigermaßen erstaunt, wenn nicht gar erschrocken über das, was Sie hier vortragen. Sind Sie denn in dem Ausschuss nicht anwesend? Wissen Sie nicht um die Möglichkeit, auch selber Initiativen einzubringen?

Ich muss auch sagen: Es ist doch eine Errungenschaft, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik heute eine Querschnittsaufgabe ist. Jetzt geben Sie Ihrer Verwunderung Ausdruck, dass sich das auch in anderen Haushaltsbereichen findet, dass andere Ausschüsse darüber beraten. Das lässt mich völlig fassungslos zurück.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um es noch einmal zu sagen: All die Dinge, die in anderen Bereichen zum Thema „Frauen- und Gleichstellungspolitik“ gemacht werden, finden Sie unter anderem in der Querliste als Anhang zum Haushalt des MGEPA. Die müssen Sie nur lesen. Ich bin wirklich einigermaßen fassungslos über das, was Sie hier abgeliefert haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und wenn Sie dann noch darüber sprechen, dass in dem Bereich nichts passieren würde: Erstens können Sie selber etwas einbringen, und zweitens gibt es viele partizipative Prozesse des MGEPA, wozu auch die Fraktionen eingeladen sind. Das heißt, Sie hätten sich an der Erarbeitung diverser Pläne wie des Landesaktionsplans gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen auch beteiligen können. Aber dazu muss man dort auch hingehen. Sich anschließend hinstellen und zu sagen, es würde nichts passieren, niemand würde etwas tun, niemand würde mit Ihnen sprechen, das ist mir zu wenig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Marc Olejak** (PIRATEN): Ach, Frau Paul.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Schalten wir einmal Ihren Empörungsmodus ab!

(Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Noch einmal in aller Kürze: Wie gesagt, wir hatten einen einzigen Punkt in der vergangenen Legislaturperiode federführend. Auch wenn partizipativ in vielen Ausschüssen oft darüber gesprochen wird – der Punkt, um den es mir in diesem Zusammenhang auch haushalterisch geht, ist, dass der Aus-

schuss mehr Würde zu erfahren hat, und dies auch durch Ihre Fraktion. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Danke schön. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Steffens.

**Barbara Steffens,** Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Lieber Kollege, auch wenn Frau Paul gerade schon viel gesagt hat, möchte ich an der Stelle wieder mit dem einsteigen, was ich eben schon gesagt habe. Wir helfen Ihnen gerne. Der Ausschuss ist nicht das Gremium, in dem die Landesregierung Anträge stellt. Der Ausschuss ist auch nicht das Gremium, in dem die Landesregierung die Abgeordneten unterhalten soll, sondern der Ausschuss ist das Gremium der Abgeordneten. Das heißt, es liegt in Ihrer Hand, ob Sie Anträge stellen, ob Sie Diskussionen einfordern

(Beifall von den GRÜNEN)

und ob Sie Sachen von uns dargestellt haben wollen. – Vielleicht hören Sie einfach kurz zu, weil ich mit Ihnen rede. Wenn Sie jetzt wieder nicht zuhören, dann wissen Sie es beim nächsten Mal auch wieder nicht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Also, es wäre schön, wenn Sie im Ausschuss wirklich Anträge stellen und wenn Sie Diskussionen einfordern würden.

Da muss ich auch Frau Milz recht geben. Ich bin ja auch einmal als Abgeordnete in dem Ausschuss gewesen. Ich muss sagen: Ich bin schon auch ein Stück weit enttäuscht von dem, was die Opposition dort im Haushaltsberatungsverfahren macht. Frau Milz, Sie haben von der Beratung im Ausschuss gesprochen. Wir haben dort aber den Frauenhaushalt nicht wirklich beraten. Ich habe von Ihnen im Ausschuss keinen Antrag gesehen. Ich habe von Ihnen an der Stelle auch keine Nachfragen bekommen. Sie haben auch nicht versucht, innovative Konzepte mit uns zu diskutieren.

Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition: Ich würde mir wünschen, wenn Sie mit uns auch kontrovers in die Diskussion einsteigen und auch innovative Ideen vorbringen würden. Aber von Ihnen kommt gar nichts. Das finde ich sehr erschreckend. Denn ich finde schon, dass ein Land wie Nordrhein-Westfalen auch eine aktive Opposition verdient hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Trotzdem möchte ich gerne noch auf den einen oder anderen Punkt eingehen, der von der CDU, aber auch von der FDP angesprochen worden ist.

Dadurch, dass Sie jedes Jahr wieder die Themen „Regionalstellen“ und „Kompetenzzentren“ in einen Topf werfen, einmal umrühren und sagen „Wir brauchen das nicht!“, wird die Diskussion nicht gescheiter. Es wäre sinnvoll, wenn Sie sich damit wirklich einmal inhaltlich beschäftigten.

Frau Schneider, wenn Sie sagen, dass mit den Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ hier die Privatwirtschaft gefährdet würde, dann beweist das nur, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, was die Kompetenzzentren machen. Dabei wäre das einfach. Wir können gerne – sicherlich mit der Zustimmung der Ausschussvorsitzenden – einmal darüber reden, ob die Kompetenzzentren sich einmal vorstellen, wenn Sie auch anwesend sind und zuhören möchten. Denn das, was die 16 Stellen machen, ist eine Vernetzung und eine Weiterentwicklung. Da wir das Ziel der Beschäftigung der Frauen in Nordrhein-Westfalen nach wie vor nicht erreicht haben, ist das eine extrem wichtige Aufgabe.

Aber auch in einem anderen Punkt haben Sie eben den Vorwurf erhoben, dass bestimmte Haushaltsansätze und Haushaltsmittel ...

(Unruhe)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten dieses Problem ja gestern schon einmal, dass der Geräuschpegel – auch wenn jeder von Ihnen individuell meint, leise zu reden, und das vielleicht auch tut – in der Summe der Gespräche sehr hoch steigt. Das ist nicht nur für Rednerinnen und Redner eine schwierige Situation, sondern auch für die Kolleginnen und Kollegen, die zuhören und der Debatte folgen möchten. Deshalb wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie zumindest ein klein wenig ruhiger wären.

**Barbara Steffens,** Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Schneider, Sie haben eben in Ihrem Redebeitrag der Landesregierung vorgeworfen, dass wir im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ gerade die Frauenhausfinanzierung und die Aufstockung der Frauenhausstellen in der Vergangenheit aus Steuermitteln bezahlt hätten. – Ja, natürlich, denn der Schutz von Frauen, die Gewaltschutz suchen, ist eine Aufgabe der gesamten Bevölkerung. Das heißt, diese Finanzmittel sind auch notwendig. Wir müssen das aus Landesmitteln finanzieren. Sie haben gesagt, wir hätten den Haushalt an der Stelle aufgestockt; wir hätten innovative Schritte, die Schwarz-Gelb gekürzt hat, wieder heraufgehoben.

(Susanne Schneider [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Ja, gerade im Gewaltschutzbereich haben wir das getan. Sie haben bei den Frauenhäusern eine Stelle gekürzt, und wir haben sie wieder eingesetzt. Auch

das sind Mittel, die notwendig sind, weil es gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind.

Wir haben zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen auch eine große Veranstaltung der Frauenhäuser durchgeführt, zu der auch die Fraktionen eingeladen waren. Sie waren leider genau wie die CDU-Fraktion bei dieser Veranstaltung nicht vertreten. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn Sie wirklich einmal von denjenigen, die in Nordrhein-Westfalen den Gewaltschutz für Frauen durchsetzen, die ihn umsetzen, die mit den Frauen tagtäglich im Austausch über ihre Gewaltsituation stehen, die Berichte und die Zahlen gehört und die Notwendigkeit erfahren hätten, welche zusätzlichen Bedarfe wir haben, statt dass wir weniger Bedarfe haben.

Der Vorwurf, der von Frau Milz im Raum stand, wir hätten in Nordrhein-Westfalen im Frauenbereich keine neue Ideen, wir würden nur an alten Konzepten festhalten – Frau Milz, auch das spricht nicht dafür, dass Sie sich inhaltlich mit den Themen beschäftigen. Wir hatten eine große Diskussion zum Thema des Runden Tisches Prostitution auch im Ausschuss, in der die Fachabteilung vorgestellt hat, wie in Nordrhein-Westfalen das Konzept aussieht und wie der Diskussionsprozess ist. Wir haben bundesweit Anfragen aus anderen Bundesländern, die die Berichte des Hauses haben wollen. Sie haben mitbekommen, wie unsere Gespräche zur Weiterentwicklung des Landesaktionsplans gegen Gewalt stattfinden. Sie waren selber mit eingeladen, Bestandteil der Erarbeitung des Aktionsplans gegen Homophobie zu sein.

Ich kann nicht verstehen, dass Sie auf der einen Seite all die partizipativen Prozesse nicht mitgehen, dass Sie nicht dabei sind, aber am Ende sagen: Da passiert nichts. – Wer nicht hinschaut, sieht auch nichts. Auch da kann ich nur sagen: Ich würde mir wünschen, wenn Sie die Diskussion wirklich im Ausschuss führen und die Fragen an der Stelle vortragen würden. Denn in Nordrhein-Westfalen geschieht viel. Sie müssen nur hinschauen, damit auch Sie es vielleicht wahrnehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4415, den Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte sich dieser Beschlussempfehlung anschließen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein, CDU und FDP. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem fest-

gestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 15 in zweiter Lesung angenommen.**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu der vorhin ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Einzelplan 07 betrifft das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Hier empfiehlt uns der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 16/4407, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer möchte sich dem anschließen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein, CDU und FDP. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Dann ist auch der **Einzelplan 07 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe nun auf

#### **Einzelplan 10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4470 hin.

Ich eröffne die Aussprache zum

#### **Teilbereich Umwelt und Naturschutz**

Herr Kollege Deppe für die CDU-Fraktion hat das Wort.

(Unruhe)

– Herr Kollege Deppe, warten Sie einen Moment, bis alle draußen sind. Dann haben Sie die Chance, in einem etwas ruhigeren Plenarsaal zu reden. Lassen Sie sich ruhig die Zeit. Wenn die Türen bitte geschlossen werden könnten, dann kann Herr Kollege Deppe beginnen.

**Rainer Deppe (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahre 1987 wurde ein Begriff definiert, der heute zu Recht in keiner ordentlichen, die Zukunft beschreibenden Rede fehlt. Ich spreche vom Begriff der Nachhaltigkeit.

Seit 2010 ist der Umweltetat jedes Jahr gestiegen – von ursprünglich 744 Millionen € auf im kommenden Jahr 913 Millionen €. Alle Steigerungen sind mit neuen Schulden erkaufte und müssen von den zukünftigen Generationen bezahlt werden.

Herr Rimmel, in Ihrer Einbringungsrede haben Sie siebenmal das Wort „nachhaltig“ verwendet. Aber